

**RECHTSANWÄLTE
GEGEN
TOTALÜBERWACHUNG**

Gründungsmitglieder der Initiative

RA Dr. Sascha Böttner
RA Dr. Manuel Cadmus
RA Marin Gottschewsky
RA Jari Hansen

RA Dr. Christian Hilmes
RA Dr. Malte Passarge
RA Dr. Oliver Pragal
RA Wolfgang Prinzenberg

RA Dr. Oliver Sahan
RA Sabine U. Marx
RA Burkhardt Müller-Sönksen (MdB)
RA Dr. Konstantin von Notz (MdB)

Anwälte: NSA-Reform ohne Entlassung von NSA-Chef Keith Alexander und Amnestie für Edward Snowden unglaublich / Einschreiten der Generalbundesanwaltschaft zwingend

(Hamburg, 17.01.2014) Die Hamburger „Initiative Rechtsanwälte gegen Totalüberwachung“ rügt die heute bekannt gegebenen Vorschläge von US-Präsident Obama als völlig unzureichend und unglaublich.

Insbesondere die Weigerung, das sog. „no-spy-Abkommen“ mit der BRD als engem Verbündeten abzuschließen, sei ein klarer Beweis dafür, dass die NSA sowohl deutsche Politiker als auch Bürger als „Freiwild“ betrachte und sich gerade nicht an deutsches Recht halten wolle. Es sei daher mangels einer rechtsverbindlicher Zusage davon auszugehen, dass sowohl das Abhören von deutschen Politikern weitergehe als auch die Einbrüche in alle erdenklichen Datenbanken und Kommunikationsnetze weltweit fortgesetzt würden.

Zudem zeige die Fortsetzung der Telefon-Meta-Datensammlung in Bezug auf US-Bürger, dass die USA sogar die verdachtslose und daher verfassungsrechtlich höchst bedenkliche, wenn nicht unzulässige Massenüberwachung von US-Bürgern im Inland fortsetzen wolle. Die bloße Verlagerung des Speicherortes zu einer nicht näher bezeichneten "privaten Einheit" sei völlig unzureichend. Denn die Enthüllungen der vergangenen Monate hätten gezeigt, dass keine Datenbank weltweit vor der NSA sicher sei. Darüber hinaus fehle es an einer echten Reform des geheim tagenden FISA-Gerichts und seiner geheimen Gesetzesauslegung.

Der Präsident habe ferner in keiner Weise zu der nachgewiesenen Ausspionierung des brasilianischen Unternehmens Petrobras Stellung bezogen, die keinen anderen Schluss als gezielte Wirtschaftsspionage zulasse.

Besonders entlarvend sei, dass Präsident Obama NSA-Direktor Keith Alexander und den Geheimdienstkoordinator James R. Clapper nicht bereits vor Monaten entlassen habe, da beide Personen im März 2013 unter Eid den US-Kongress über die heimliche Massenüberwachung von US-Bürgern belogen und sich dadurch mutmaßlich strafbar gemacht hätten. Dies sei ein unübersehbares Zeichen für eine Untergrabung der Demokratie sowie für eine Machtübernahme durch die Geheimdienste. Ohne einen personellen Neuanfang an der Spitze der Dienste und ohne Amnestie für Edward Snowden sei eine glaubwürdige Reform undenkbar. Die Amnestie Snowdens sei

**RECHTSANWÄLTE
GEGEN
TOTALÜBERWACHUNG**

Gründungsmitglieder der Initiative

RA Dr. Sascha Böttner
RA Dr. Manuel Cadmus
RA Marin Gottschewsky
RA Jari Hansen

RA Dr. Christian Hilmes
RA Dr. Malte Passarge
RA Dr. Oliver Pragal
RA Wolfgang Prinzenberg

RA Dr. Oliver Sahan
RA Sabine U. Marx
RA Burkhardt Müller-Sönksen (MdB)
RA Dr. Konstantin von Notz (MdB)

insbesondere deshalb geboten, da bereits die nun beschlossenen Änderungen gezeigt hätten, dass Snowden gravierende Missstände und auch Rechtsverstöße der US-Regierung aufgedeckt habe.

Die Rechtsanwälte, die im vergangenen Oktober eine Online-Petition gegen „Totalüberwachung“ initiiert und Demonstrationen vor dem Hamburger US-Konsulat sowie vor dem Bundestag veranstaltet hatten, wiesen zudem darauf hin, dass in der Berichterstattung eine bedenkliche Vermischung von völkerrechtlich zulässiger „Spionage“ und illegaler Massenüberwachung stattfindet.

Denn es sei einem Geheimdienst völkerrechtlich selbstverständlich niemals gestattet, massenhaft die Privatsphäre von Bürgern anderer Staaten zu verletzen, indem z.B. Millionen E-Mails abgefangen und die Geo-Koordinaten von Hunderten von Millionen Bürgern weltweit ausgespäht werden. Dies sei ein Rechtsbruch, der vergleichbar mit millionenfachen Hausdurchsuchungen durch fremde Dienste auf deutschem Boden oder dem täglichen Entwenden von Post aus Briefkästen sei.

Nachdem kürzlich durch einen SPIEGEL-Bericht bekannt geworden sei, dass die „Tailored Access Organisation“ der NSA einen Posten im Dagger-Complex bei Frankfurt betreibt, müsse die Bundesanwaltschaft nun dringend ein förmliches Ermittlungsverfahren einleiten, um die begangenen Straftaten aufzuklären und nicht selbst in die Nähe der Strafvereitelung im Amt zu geraten. Das bisherige Zögern des Generalbundesanwalts sei nicht nachvollziehbar. Zuvorderst müsse dieser den Zeugen Edward Snowden vernehmen.

Die Anwälte forderten alle Bürgerinnen und Bürger auf die „Hamburger Erklärung gegen Totalüberwachung“ auf der Webseite www.stop-prism.de online zu unterzeichnen.

V.i.S.d.P.: RA Manuel Cadmus, RA Dr. Sascha Böttner, RA Jari Hansen, RAin Sabine Marx, RA Dr. Oliver Pragal, RA Wolfgang Prinzenberg

Rechtsanwälte gegen Totalüberwachung | c/o Rechtsanwaltskanzlei
Neuer Wall 84 | 20354 Hamburg